

Unterricht als Dienstleistung

62 berufliche Schulen streben größere Eigenständigkeit an

STUTTGART. Besserer Unterricht durch mehr Eigenständigkeit der Schulen ist das Ziel eines groß angelegten Projekts, das im Februar an 62 beruflichen Schulen im Land begonnen hat. Mit Ergebnissen rechnet das Kultusministerium bereits für Herbst.

Von Renate Algöwer

Schulleiter und Lehrer an beruflichen Schulen sollen nach dem Willen von Kultusministerin Annette Schavan (CDU) in Zukunft die Geschicke ihrer Schulen stärker selbst bestimmen können. Durch die Verlagerung der Verantwortung an die Schulen soll auch die Qualität des Unterrichts verbessert werden. Damit wird auch eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Bereits im Schuljahr 2003/04 sollen alle 300 beruflichen Schulen im Land über ihre Personalbudgets freier verfügen und bei der Suche und der Einstellung von Lehrern mitreden können. 62 Schulen preschen in dem Projekt "Stärkung der Eigenständigkeit beruflicher Schulen" (Strebs) schon mal vor. Das Projekt unter den Fittichen des Kultusministeriums hat im Februar offiziell begonnen, weitere Schulen können sich beteiligen, erklärt Klaus Lorenz, der im Ministerium für die beruflichen Schulen zuständig ist

In etwa 100 einzelnen Vorhaben erproben Schulen von Crailsheim bis Buchen und von Waldshut bis Albstadt neue Wege in der Schulorganisation sowie im Personal- oder im Qualitätsmanagement. Die Projekte sind auf zwei Jahre angelegt. Schnelle Ergebnisse erwartet das Ministerium bei der Auswahl von neuen Lehrern durch die Schulen und bei der flexibleren Verwendung der Deputate. 15 Schulen testen Einstellungsverfahren. Klaus Lorenz rechnet damit, dass sie im Herbst ihre Erfahrungen mit schulbezogenen Stellenausschreibungen und mit Personalmanagement vorlegen, damit bereits im Schuljahr 2003/04 allen 300 Schulen ein optimales Einstellungsverfahren empfohlen werden könne.

Allerdings soll bei der Einstellung das Oberschulamt nach wie vor das letzte Wort haben. Wenn Schulen die Lehrer nicht nur auswählen, sondern auch selbst einstellen

nachteiligt werden, weil viele Lehrer lieber in Linienstädten arbeiteten.

Beim Personalbudget sollen die Schulen die Möglichkeit bekommen, spezifische Schwerpunkte zu bilden und die Deputate entsprechend zu verteilen. Eine Schule mit dem Schwerpunkt Informationstechnologie könnte zum Beispiel in diesen Fächern kleinere Klassen bilden, in anderen Fächern dagegen mehr Schüler gemeinsam unterrichten und so Stunden für den IT-Bereich gewinnen.

Vorantreiben will die Politik auch die Kooperation zwischen Schulen unterschiedlichen Typs, also zum Beispiel zwischen dem Berufskolleg und der Berufsfachschule oder dem berufsbildenden Gymnasium. Angestrebt wird dabei, die Schulen zu Kompetenzzentren für berufliche Bildung zu machen. Entsprechende Projekte erproben zurzeit sieben Schulen. Sehrweit geht dabei Leutkirch. Dort will man die Schultypen versuchsweise ganz auflösen.

Die größten Veränderungen stehen aber im Qualitätsmanagement an. Sechs Schulen tüfteln unter dem Dach des Strebs-Projekts gegenwärtig an einem Managementkonzept und an Leitfäden zur externen und internen Evaluation. Fünf Schulen wollen Qualitätskriterien aus der Wirtschaft auf die Schulen übertragen. Etliche haben schon Vorarbeit geleistet. So hätten Schulen in Albstadt, Mannheim, Tettnang und Göppingen bereits zusammen mit der Universität Mannheim so genannte Qualitätsassessoren, ausgebildet, die an den Schulen auf die Güte des Unterrichts achten sollen, berichtet Lorenz.

Das Ziel, das erreicht werden soll, hat Lorenz schon im Kopf. "Eine gute Schule zeichnet sich durch kollektives Bewusstsein und eine kooperative Führungsstruktur aus", mit diesem Anspruch folge Baden-Württemberg einem an der Universität Sankt Gallen entwickelten Qualitätskonzept. Entscheidend bei der Qualitätssicherung und der Bewertung der Qualität einer Schule sei aber, dass die Lehrer vom Sinn überzeugt seien. Bei der Bewertung könnten Schüler, Eltern und Betriebe befragt werden. Wenn bestimmte Standards nicht erreicht würden, könnte die Schulaufsicht aktiv werden. Die Qualitätssicherung steckt noch in den Kinderschuhen. Das Ministerium strebt aber an, dass im Jahr 2010 alle beruflichen Schulen einer externen Evaluation unterzogen werden können.